

Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales Privatrecht

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht
31

Claudia Schmidt

**Der Haftungsdurchgriff und seine
Umkehrung
im internationalen Privatrecht**



J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

31

Herausgegeben vom

**Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht**

Direktoren:

Professor Dr. Ulrich Drobnig, Professor Dr. Hein Kötz
und Professor Dr. Dr. h. c. Ernst-Joachim Mestmäcker

Der Haftungsdurchgriff und seine Umkehrung im internationalen Privatrecht

Eine systematische Untersuchung des direkten
und des umgekehrten Haftungsdurchgriffs im internationalen Privatrecht
Deutschlands, der Schweiz und Österreichs

von

Claudia Schmidt



J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Schmidt, Claudia:

Der Haftungsdurchgriff und seine Umkehrung im internationalen Privatrecht: eine systematische Untersuchung des direkten und des umgekehrten Haftungsdurchgriffs im internationalen Privatrecht Deutschlands, der Schweiz und Österreichs / von Claudia Schmidt.

– Tübingen: Mohr, 1993

(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht; Bd. 31)

ISBN 3-16-146020-0

NE: GT

978-3-16-158367-4 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 1993 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf säurefreies Werkdruckpapier der Papierfabrik Niefern gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0720-1141

Meinem Vater

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung wurde im Jahre 1991 von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn als Dissertation angenommen.

Sie geht zurück auf eine Anregung von Herrn Professor Dr. *Jochen Schröder*. Nach dessen Ableben hat Herr Professor Dr. *Marcus Lutter* freundlicherweise die Betreuung dieser Dissertation übernommen. Ihm möchte ich besonders herzlich sowohl für seine wertvollen Hinweise und Anregungen als auch dafür danken, daß er meine Arbeit von Anfang an stets zügig gefördert hat; dies trug wesentlich dazu bei, daß ich sie neben meiner beruflichen Tätigkeit zum Abschluß bringen konnte.

Ferner danke ich dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht für die Aufnahme der Arbeit in die Reihe der "Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht".

Brüssel, im Oktober 1992

Claudia Schmidt

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einführung	1
1. TEIL Der direkte und der umgekehrte Haftungsdurchgriff im materiellen Recht Deutschlands, der Schweiz und Österreichs	
I. Deutschland	5
II. Schweiz	34
III. Österreich	50
IV. Zusammenfassung	65
2. TEIL Der direkte und der umgekehrte Haftungsdurchgriff im internationalen Privatrecht Deutschlands, der Schweiz und Österreichs	67
Vorspann	67
I. Deutschland	74
II. Schweiz	113
III. Österreich	129
IV. Zusammenfassung	136
3. TEIL Kritische Würdigung der zur Anknüpfung des Haftungsdurchgriffs vertretenen Rechtsansichten und Entwicklung des eigenen Lösungsvorschlags	139
Vorspann	139
I. Einzelunternehmen	142
II. Unternehmensverbindungen	172
III. Zusammenfassung	182
4. TEIL Eigene Thesen	183
I. Anknüpfung des direkten Haftungsdurchgriffs	183
II. Anknüpfung des umgekehrten Haftungsdurchgriffs	184
Annex	185
Literaturverzeichnis	209
Sachregister	233

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einführung	1
1. TEIL Der direkte und der umgekehrte Haftungsdurchgriff im materiellen Recht Deutschlands, der Schweiz und Österreichs	5
I. Deutschland	5
1. Direkter Haftungsdurchgriff	5
a) Die frühe Rechtsprechung	5
b) Die Lehre	7
aa) Die subjektive Durchgriffslehre	7
bb) Die Normanwendungslehre	8
cc) Die moderne Dogmatik	9
dd) Die Bedeutung der materiellrechtlichen Diskussion für die internationalprivatrechtliche Anknüpfung	10
ee) Die von der Lehre diskutierten Fallkonstellationen	12
ff) Die Durchgriffshaftung im Konzern	16
c) Die weitere Entwicklung und der heutige Stand der Rechtsprechung	20
2. Umgekehrter Haftungsdurchgriff	25
a) Die Lehre	25
b) Die Rechtsprechung	30
II. Schweiz	34
1. Direkter Haftungsdurchgriff	34
a) Die Lehre	34
aa) Der Durchgriff als Problem des Art. 2 ZGB	34
bb) Der Durchgriff als Auslegungsproblem (Normanwendungslehre)	35
cc) Die von der Lehre diskutierten Fallkonstellationen	36
b) Die Rechtsprechung	39
2. Umgekehrter Haftungsdurchgriff	42
a) Die Lehre	42
b) Die Rechtsprechung	47

III. Österreich	50
Vorspann	50
1. Direkter Haftungsdurchgriff	52
a) Die Rechtsprechung	52
b) Die Lehre	57
2. Umgekehrter Haftungsdurchgriff	61
a) Die Rechtsprechung	61
b) Die Lehre	63
IV. Zusammenfassung	65
2. TEIL Der direkte und der umgekehrte Haftungsdurchgriff im internationalen Privatrecht Deutschlands, der Schweiz und Österreichs	
Vorspann	67
1. Der Código Bustamante	68
2. Die Abkommen von Montevideo	69
3. Das Haager Abkommen	69
4. Das Übereinkommen der EWG	70
5. Der EG-Verordnungsvorschlag zum Statut der Europäischen Aktiengesellschaft (SE-Statut)	71
6. Der Abkommensentwurf der International Law Association (ILA)	72
7. Der Abkommensentwurf des Institut de Droit International	73
I. Deutschland	74
1. Die gesetzliche Ausgangslage	74
2. Direkter Haftungsdurchgriff	75
a) Die Rechtsprechung	75
aa) Die Judikatur vor dem Kriege	75
bb) Die Rechtsprechung des BGH	77
b) Die Lehre	91
aa) Die Anknüpfung an die <i>lex societatis</i>	91
bb) Die Ausdifferenzierung des Durchgriffsstatuts	93
(1) Die von <i>Grasmann</i> vorgeschlagene Lösung	93
(2) Die von <i>Neumayer und Lüderitz</i> vertretene Ansicht	94
(3) Der Vorschlag von <i>Bernstein</i>	95
(4) Der Vorschlag von <i>Mertens</i>	96
(5) Der Vorschlag von <i>Wiedemann</i>	96
(6) Der Vorschlag von <i>Müller, Großfeld und Moeremans</i>	97
(7) Der Vorschlag von <i>Behrens</i>	99

(8) Der Vorschlag von <i>Reder</i>	99
(9) Der Vorschlag von <i>Ebenroth</i>	101
(10) Der Vorschlag von <i>Möllers</i>	101
cc) Zwischenbilanz und letzte Beiträge zur Diskussion:	
Der Haftungsdurchgriff auf den Staat	102
(1) Die Stellungnahme von <i>Khadjavi-Gontard/Hausmann</i>	102
(2) Das Referat von v. <i>Hoffmann</i>	103
dd) Zur "Lösung" mit Hilfe des <i>ordre public</i>	103
ee) Die Anknüpfung des Haftungsdurchgriffs im Konzern	105
3. Umgekehrter Haftungsdurchgriff	108
a) Die Rechtsprechung	108
b) Die Lehre	110
II. Schweiz	113
1. Die gesetzliche Ausgangslage	113
2. Direkter Haftungsdurchgriff	117
a) Die Rechtsprechung	117
aa) Die Judikatur vor Inkrafttreten des IPR-Gesetzes	117
bb) Die heutige Problematik	118
b) Die Lehre	120
aa) Die von <i>Ronca</i> vorgeschlagene Lösung	120
bb) Die von <i>Rohr</i> vorgeschlagene Lösung	121
cc) Die konzernspezifischen Lösungsvorschläge	121
dd) Die gegenwärtige Diskussion	122
3. Umgekehrter Haftungsdurchgriff	125
a) Die Rechtsprechung	125
aa) Die Judikatur vor Inkrafttreten des IPR-Gesetzes	125
bb) Die heutige Problematik	126
b) Die Lehre	127
III. Österreich	129
1. Die gesetzliche Ausgangslage	129
2. Direkter Haftungsdurchgriff	130
a) Die Rechtsprechung	130
b) Die Lehre	132

3. Umgekehrter Haftungsdurchgriff	135
a) Die Rechtsprechung	135
b) Die Lehre	135
IV. Zusammenfassung	136
3. TEIL Kritische Würdigung der zur Anknüpfung des Haftungsdurchgriffs vertretenen Rechtsansichten und Entwicklung des eigenen Lösungsvorschlags	
Vorspann	139
I. Einzelunternehmen	142
1. Direkter Haftungsdurchgriff	142
a) Ableitung des ersten Ergebnisses	142
b) Ansatzbedingte Kritik	143
c) Wertungsbezogene Kritik und eigener Lösungsvorschlag	149
aa) Die typischen Interessen der am Durchgriff beteiligten Parteien	149
(1) Das Interesse des Gesellschaftsgläubigers	149
(2) Das Interesse des Gesellschafters	151
bb) Die fallgruppenspezifische Interessenabwägung	151
(1) Unterkapitalisierung	153
(2) Vermögens- oder Sphärenvermischung	154
(3) Beherrschung oder Fremdsteuerung	155
(4) Umgehung vertraglicher oder gesetzlicher Verhaltenspflichten	155
(5) Rechtsschein persönlicher Haftung	156
d) Ergebnis	158
aa) Kontrolle und vergleichender Rückblick auf die bereits entwickelten Lösungen	158
bb) Präzision: Die Bestimmung des Gesellschaftsstatuts	160
2. Umgekehrter Haftungsdurchgriff	165
a) Erstes Ergebnis	166
b) Ansatzbedingte Kritik	166
c) Wertungsbezogene Kritik und eigener Lösungsvorschlag	167
aa) Die typischen Interessen der am umgekehrten Durchgriff beteiligten Parteien	167
bb) Die fallgruppenspezifische Interessenabwägung	167
(1) Vermögens- oder Sphärenvermischung	167
(2) Beherrschung oder Fremdsteuerung	169

(3) Umgehung vertraglicher oder gesetzlicher Verhaltenspflichten	169
(4) Rechtsschein persönlicher Haftung	170
d) Ergebnis	170
II. Unternehmensverbindungen	172
1. Umgekehrter Haftungsdurchgriff	172
2. Direkter Haftungsdurchgriff	175
III. Zusammenfassung	182
4. TEIL Eigene Thesen	
I. Anknüpfung des direkten Haftungsdurchgriffs	183
1. Einzelunternehmen	183
2. Unternehmensverbindungen	183
II. Anknüpfung des umgekehrten Haftungsdurchgriffs	184
1. Einzelunternehmen	184
2. Unternehmensverbindungen	184
Annex	185
I. Abkommen und Abkommensentwürfe auf internationaler Ebene	185
Gesetzbuch des Internationalen Privatrechts vom 20.2.1928 (Havanna) (Código Bustamante)	185
Vertrag über das internationale Privatrecht vom 19.3.1940 (Montevideo)	185
Vertrag über das internationale Handelsrecht vom 19.3.1940 (Montevideo)	185
Abkommen über die Anerkennung der Rechtspersönlichkeit von ausländischen Gesell- schaften, Personenvereinigungen und Stiftungen vom 1. Juni 1956 (Den Haag)	186
Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft	188
Übereinkommen über die gegenseitige Anerkennung von Gesellschaften und juristi- schen Personen vom 29.2.1968	188
Verordnungsvorschlag zum Statut der Europäischen Aktiengesellschaft (SE-Statut) vom 25.8.1989	192
Draft Convention on Conflicts of Law Relating to Companies (ILA)	193
Abkommensentwurf des Institut de Droit International vom 10.9.1965 Die Aktiengesellschaften im Internationalen Privatrecht	193

II. Schweizerische Gesetze	195
Zivilgesetzbuch (ZGB)	195
Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG)	196
Obligationenrecht (OR)	196
Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (IPRG) vom 18.12.1987	199
III. Österreichische Gesetze	202
Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (ABGB)	202
Aktiengesetz (AktG)	203
GmbH-Gesetz (GmbHG)	204
Bundesgesetz über die Rechtsverhältnisse der selbständigen Handelsvertreter (Handelsvertretergesetz, HVG)	205
Strafgesetzbuch (StGB)	206
Konkursordnung (KO)	207
Produkthaftungsgesetz (PHG)	208
Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG)	208
Bundesabgabenordnung (BAO)	208
Bundesgesetz über das internationale Privatrecht (IPRG)	208
Literaturverzeichnis	209
Sachregister	233

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
aaO	am angegebenen Ort
ABBV	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung (Schweiz)
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (Österreich)
abl.	ablehnend
ABl EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AG	Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AktG	Aktiengesetz
AktGGroßkomm.	Großkommentar zum Aktiengesetz
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung, Entscheidungen des k.k. Obersten Gerichtshofes in Zivil- und Justizverwaltungssachen (Österreich)
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (Österreich)
Aufl.	Auflage
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAO	Bundesabgabenordnung (Österreich)
BayOLG	Bayerisches Oberlandesgericht
BB	Betriebs-Berater
BBi	Bundesblatt (Schweiz)
Bd.	Band
Begr.	Begründung
Bekl.	Beklagte(r)
Berner Komm.	Berner Kommentar
Bespr.	Besprechung
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des schweizerischen Bundesgerichts, Amtliche Sammlung
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen, Amtliche Sammlung
BJM	Basler Juristische Mitteilungen
Bl.	Blatt
BSG	Bundessozialgericht
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CdJ	Cour de Justice
c.i.c.	culpa in contrahendo
CJC	Cour de Justice Cantonale
Colum.L.Rev.	Columbia Law Review
comp.	comparative

DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
DR	Deutsches Recht
EG	Europäische Gemeinschaften
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 18.8.1896
Einl.	Einleitung
Erk.	Erkenntnis
EuGH	Europäischer Gerichtshof (Luxemburg)
EuGVÜ	Brüsseler EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27.9.1968
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e. V.	Eingetragener Verein
EvBl	Evidenzblatt (Österreich)
EVÜ	Römisches EWG-Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19.6.1980
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende [Seite]
ff.	folgende [Seiten]
Fn.	Fußnote (im zitierten Text)
FS	Festschrift
gem.	gemäß
GesRZ	Der Gesellschafter, Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (Österreich)
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949
GmbHR	GmbH-Rundschau
GschmG	Geschmacksmustergesetz
GVP	St. Gallische Gerichts- und Verwaltungspraxis
Hb.	Halbband
HGB	Handelsgesetzbuch
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
HS	Handelsrechtliche Entscheidungen (Österreich)
HVG	Handelsvertretergesetz (Österreich)
ILA	International Law Association
insbes.	insbesondere
IntGesR	Internationales Gesellschaftsrecht
IPG	Gutachten zum internationalen und ausländischen Privatrecht, Hrsg.: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	Bundesgesetz über das internationale Privatrecht
IPRE	österreichische Entscheidungen zum internationalen Privatrecht
IPRspr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiet des internationalen Privatrechts
i.S.	im Sinne
iVm	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
JBl	Juristische Blätter (Österreich)
j.P.	juristische Person
Jur. Tag	Juristentag
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht (Berlin)

Kl.	Kläger(in)
KO	Konkursordnung
Köln. Komm.	Köln. Kommentar zum Aktiengesetz
KTS	Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen, Zeitschrift "Konkurs- und Treuhandwesen"
LArbG	Landesarbeitsgericht
LDIP	Loi fédérale sur le droit international privé; siehe IPRG
LG	Landgericht
LM	Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs
LS	Leitsatz
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht
MünchHdb.	Münchener Handbuch
MünchKomm.	Münchener Kommentar
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
N.	Fußnote
NAG	Bundesgesetz vom 25.6.1891 betreffend die zivilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthaltler, SR 211.435.1
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
N.V.	Naamloze Vennootschap
ÖBI	Österreichische Blätter
OG	Obergericht (Schweiz)
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
OHG	Offene Handelsgesellschaft
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OLG	Oberlandesgericht
OLGRspr.	Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte auf dem Gebiete des Zivilrechts
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
ÖNZ	Österreichische Notariats-Zeitung
OR	Schweizerisches Obligationenrecht
ÖStZ	Österreichische Steuer-Zeitung
ÖZW	Österreichische Zeitung für Wirtschaftsrecht
PGR	Liechtensteinisches Personen- und Gesellschaftsrecht
PHG	Produkthaftungsgesetz (Österreich)
RabelsZ	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht, begründet von Ernst Rabel
RdW	Österreichisches Recht der Wirtschaft
Rev.crit.dr.int.pr.	Revue critique de droit international privé
Rev.m.c.	Revue du marché commun
RFH	Reichsfinanzhof
RG	Reichsgericht
RGBI	Reichsgesetzblatt (Österreich)
RGRK	Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofes
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
ROW	Recht in Ost und West
Rspr.	Rechtsprechung
Rspr.	Die Rechtsprechung (österreichische Zeitschrift)
RZ	Österreichische Richterzeitung
S.	Seite
S.A.	Société Anonyme
SAG	Die Schweizerische Aktiengesellschaft, Zeitschrift für Rechts-, Steuer und Wirtschaftsfragen der Aktiengesellschaften

SchKG	Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs vom 11.4.1889 (Schweiz)
SchwJIR	Schweizerisches Jahrbuch für internationales Recht
SE	Societas Europaea
Sem. Jud.	Semaine Judiciaire
SJZ	Schweizerische Juristenzeitung
sog.	sogenannt(e)
SpA	Società per Azioni
SR	Systematische Rechtssammlung, systematische Sammlung des Bundesrechts (Schweiz)
SZ	Entscheidungen des Österreichischen Obersten Gerichtshofes in Zivilsachen
TF	Tribunal Fédéral (Bundesgericht, Schweiz)
Trib. cant. Vaud	Tribunal cantonal du Canton de Vaud (Waadtländisches Kantonalgericht)
unstr.	unstrittig
VersR	Versicherungsrecht
VersR	Juristische Rundschau für die Individualversicherungen
VfGH	Verfassungsgerichtshof (Österreich)
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VwGH	Verwaltungsgerichtshof (Österreich)
WBl	Wirtschaftsrechtliche Blätter (Österreich)
WM	Wertpapier-Mitteilungen, Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WPoIBl	Wirtschaftspolitische Blätter (Österreich)
ZAS	Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht (Österreich)
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins
ZBl	Zentralblatt für die juristische Praxis (Österreich)
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZGB	Zivilgesetzbuch (Schweiz)
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
zit.	zitiert
ZMR	Zeitschrift für Mietrecht
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZR	Blätter für Zürcherische Rechtsprechung
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
zust.	zustimmend
zutr.	zutreffend
ZVglRW	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft

Einführung

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung, den die meisten Industriestaaten – insbesondere Deutschland, aber auch Österreich und die Schweiz – nach dem zweiten Weltkrieg erfahren haben, ist die Anzahl der Kapitalgesellschaften (auf deren Betrachtung der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt) außerordentlich stark gestiegen. Dies gilt nicht nur für die Aktiengesellschaft, die früher in Deutschland traditionell grundkapital- und umsatzanteilmäßig in Führung lag¹ und in der Schweiz bis heute die weitaus beliebteste und praktisch bedeutsamste Kapitalgesellschaftsform darstellt², sondern in noch stärkerem Maße für deren "kleine Schwester", die GmbH³. Zu Recht kann man ihre Entwicklung in Österreich und Deutschland als "Erfolgsstory" bezeichnen⁴: Während im Jahre 1964 in Österreich ca. 3.000 und in Deutschland ca. 55.000 Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu verzeichnen waren, waren es im Jahre 1972 in Österreich bereits ca. 9.000 und in Deutschland ca. 100.000. Ende 1980 beliefen sich diese Zahlen auf ca. 35.000 bzw. 216.000, und heute sind es schließlich um die 42.300 bzw. 400.000⁵.

Das Recht hatte Mühe, mit dieser Entwicklung Schritt zu halten⁶. Wenn es auch zumindest partiell gelungen ist, bereits von der Rechtsprechung angestoßene Entwicklungen aufzugreifen und durch gesetzliche Änderungen zu Ende zu führen⁷, so ist doch in allen drei Staaten ein Problem weiterhin offen geblieben: Das Problem des Haftungsdurchgriffs.

Die Frage, ob und wann bei einer juristischen Person, speziell bei einer Kapitalgesellschaft, "durchgegriffen" werden kann, betrifft einen Punkt, der in keinem der modernen

¹ Roth, GesRZ 1982, S. 137/138.

² Schweiz. Privatrecht/v. Greyerz VIII/2, S. 21, S. 36; Schweiz. Privatrecht/Wohlmann VIII/2, S. 442 III; Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1990, S. 83; derzeit ca. 150.000 AG.

³ Hansen, GmbHR 1981, S. 101; Zentrale für GmbH, GmbHR 1982, S. 1; für die Schweiz vgl. jedoch Schweiz. Privatrecht/Wohlmann VIII/2, § 47 und oben N. 2.

⁴ Roth, oben N. 1, S. 137; für die Schweiz gilt dies in bezug auf die AG, vgl. Schweiz. Privatrecht/v. Greyerz VIII/2, S. 36; zur Entwicklung der GmbH in der Schweiz: Schweiz. Privatrecht/Wohlmann VIII/2, § 46 und oben N. 3.

⁵ Statistisches Jahrbuch für die BRD 1964–1989; Auskunft der statistischen Abteilung der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft Österreichs.

⁶ Zu den Novellierungen des AktG in Deutschland vgl. Henn, S. 2 ff.; in Österreich Kastner, S. 34; ders., GesRZ 1982, S. 213 ff.; zu seiner Entwicklung in der Schweiz Schweiz. Privatrecht/v. Greyerz VIII/2, S. 29 ff.; zu den Reformen der GmbH in Österreich und der BRD – rechtsvergleichend – Ulmer, GesRZ 1981, S. 193 ff.

⁷ Ulmer, GesRZ 1981, S. 193 (202, 206).

kontinentaleuropäischen Gesellschaftsrechte als geklärt angesehen werden kann. Dabei kommt ein Durchgriff hauptsächlich in vier verschiedenen Formen in Betracht⁸:

1. Durchgriff seitens der Gläubiger einer Kapitalgesellschaft auf den/die dahinterstehenden Gesellschafter: Es geht um die Haftung des⁹/der Gesellschafter(s) für Handlungen/Unterlassungen oder Verbindlichkeiten der Gesellschaft (sog. direkter Haftungsdurchgriff)¹⁰.
2. Durchgriff seitens der Gläubiger des/der Gesellschafter(s) durch den/die Gesellschafter auf die Gesellschaft: Es geht um die Haftung der Gesellschaft für Handlungen/Unterlassungen oder Verbindlichkeiten des/der Gesellschafter(s) (sog. umgekehrter Haftungsdurchgriff)¹¹.
3. Durchgriff bei Unternehmensverbindungen (Konzernen) seitens Gläubiger einer Tochtergesellschaft auf die Muttergesellschaft: Es geht um die Haftung der Muttergesellschaft für Handlungen/Unterlassungen oder Verbindlichkeiten der Tochtergesellschaft (direkter Haftungsdurchgriff).
4. Durchgriff bei Unternehmensverbindungen seitens Gläubiger einer Muttergesellschaft auf eine Tochtergesellschaft: Es geht um die Haftung der Tochtergesellschaft für Handlungen/Unterlassungen oder Verbindlichkeiten der Muttergesellschaft (umgekehrter Haftungsdurchgriff).

Bei allen diesen Durchgriffskonstellationen handelt es sich rechtskonstruktiv – und hierüber besteht Einigkeit¹² – um die Grenzbestimmung der Kapitalgesellschaft als juristischer Person beziehungsweise die Durchbrechung des bei juristischen Personen bestehenden

⁸ Auf den sog. "beschränkten Haftungsdurchgriff", der darin besteht, daß interne Forderungen – Forderungen zwischen Gesellschafter und Gesellschaft oder Mutter- und Tochtergesellschaft – derjenigen eines Gesellschaftsgläubigers hintangestellt werden, soll hier nicht eingegangen werden. Das gleiche gilt für den sog. "teilweisen Durchgriff" oder "Durchgriff im übertragenen Sinne" (vgl. *Drobnig*, S. 70 f.), der ebenfalls keine unmittelbaren Rechtsfolgen für die Mitglieder einer Gesellschaft auslöst, vgl. hierzu *Homburger*, SJZ 1971, S. 249 (251) sowie den sog. "gesellschafts- bzw. gesellschafterfreundlichen Durchgriff" (z.B. *Hachenburg/Mertens*, Anh. § 13, Rn. 26 f.), bei dem es um das Geltendmachen von Rechtspositionen zugunsten der Gesellschaft bzw. der Gesellschafter geht. Letztlich bleiben Durchgriffsfragen in besonderen Rechtsgebieten (insbes. im Steuerrecht) außer Betracht.

⁹ Der Einmann-Gesellschaft kommt naturgemäß besondere Bedeutung zu; sie kann in allen drei Staaten inzwischen als anerkannt gelten; vgl. für die BRD: *Hueck*, S. 285; für die Schweiz: Schweiz. Privatrecht/v. *Greyerz* VIII/2, S. 52 II; für Österreich: *Kastner*, S.13; VwGH, GesRZ 1978, S. 182/183.

¹⁰ Zu dieser Terminologie statt aller *Drobnig*, S. 24, der allerdings – wie verschiedentlich in der Literatur, vgl. z.B. *Wiedemann*, § 4 III 1, *Raiser*, § 29 I 1, III – mit dem Begriff des "Haftungsdurchgriffs" nur Fälle erfaßt, in denen es um das Einstehe müssen für Verbindlichkeiten geht. Das Problem der Durchgriffshaftung soll hier entsprechend weiter gefaßt und mit dem des Durchgriffs gleichgesetzt werden. In diesem Sinne z.B. auch *Staudinger/Coing*, Einl. zu §§ 21-89, Rn. 37 f.; zur terminologischen Frage z.B. auch *Bauschke*, BB 1975, S. 1322 ff.

¹¹ *Drobnig*, S. 24.

¹² *Rehbinder*, S. 97.

Trennungsprinzips¹³. Das Problem des Haftungsdurchgriffs ist somit bei jeder rechtlich verselbständigten und mit einer Haftungsbeschränkung versehenen Gesellschaft stets latent vorhanden. Es aktualisiert sich immer dann, wenn die scharfe haftungsrechtliche Trennung zwischen der Gesellschaft und den Gesellschaftern (oder der Mutter- und Tochtergesellschaft) im Einzelfall ausnahmsweise als verfehlt, weil vom Ergebnis her untragbar erscheint.

Erfüllt der Haftungsdurchgriff also die Aufgabe eines haftungsrechtliche Grundprinzipien des Gesellschaftsrechts vor Fehlgebrauch bzw. Zweckentfremdung schützenden Regulativs, so ist er funktionell theoretischer Bestandteil eines jeden Rechtssystems, das sich der Rechtsform der juristischen Person bedient. Ob, unter welchen Voraussetzungen und auf welche Art und Weise von ihm praktisch Gebrauch zu machen ist, wird, wie bereits oben angedeutet, in den verschiedenen Rechtsordnungen heftig diskutiert und unterschiedlich beantwortet:

Von zumindest teilweiser Rezipierung des in den Vereinigten Staaten unter dem Stichwort "disregard of legal entity" oder "piercing the corporate veil" zur Lösung von Durchgriffsfällen entwickelten Gedankenguts¹⁴, über die Einstufung des Durchgriffs als "Modelösung"¹⁵ oder "slogan"¹⁶, bis hin zu seiner gänzlichen Ablehnung, werden gerade in Deutschland, der Schweiz und Österreich alle Meinungen vertreten¹⁷.

Zu diesem Problemkreis, der Lösung von Durchgriffsfällen in den materiellen Rechtsordnungen Österreichs, Deutschlands und der Schweiz, einen weiteren Beitrag zu leisten¹⁸, ist jedoch nicht Zielsetzung dieser Arbeit: Es geht allein um die kollisionsrechtliche Problematik der Durchgriffshaftung. Diesbezüglich ist der materiellrechtliche Meinungsstand sowie die Entscheidungspraxis intern nationaler Fälle allerdings insofern von entscheidender Bedeutung, als sich die hierüber zum Ausdruck kommende Unsicherheit und Uneinigkeit bei der Suche nach interessengerechten Lösungswegen bei der Frage nach der Anknüpfung von Durchgriffsfällen mit Auslandsbeziehung widerspiegelt. Darüber hinaus gibt die Frage nach der materiellrechtlichen Problematik

¹³ Für Deutschland statt aller *Serick*, S. 1; vgl. auch z.B. § 1 I Satz 2 AktG und § 13 II GmbHG; für die Schweiz siehe *Homburger*, SJZ 1971, S. 249 und Art. 620 OR – siehe Annex; für Österreich siehe *Kastner*, S. 32, 13 und §§ 1, 48 AktG, § 61 GmbHG – siehe Annex.

¹⁴ Einen Überblick über die verschiedenen "approaches", "tests", und "rules", nach denen sich bestimmen soll, wann "der Gesellschaftsschleier zu durchstoßen ist", gibt *Drüke*, S. 4 ff.; vgl. auch unten S. 7.

¹⁵ *Rehbinder*, S. 30.

¹⁶ *Bärmann*, AcP 159 (1960), S. 365 (366).

¹⁷ Hierzu näher unten S. 7, b); 34, a); 57, b).

¹⁸ Vgl. nur die Anm. von *Bauschke* zu BGH, BB 1985, S. 77 f. – Durchgriff bei der GmbH & Co. KG – der von "uferloser Durchgriffsliteratur" spricht oder *K. Schmidt*, BB 1985, S. 2074 (2075): "Das Thema 'Durchgriff' ist unerschöpflich".

Aufschluß über die konkreten Fallkonstellationen, die herkömmlicherweise als Durchgriffsfälle behandelt werden, ohne deren Kenntnis und Wissen um die nationale Wertung der in ihnen jeweils zum Ausdruck kommenden widerstreitenden Interessenlagen jedes Verständnis bereits entwickelter internationalprivatrechtlicher Lösungsansätze und jeder Versuch, einen vielleicht noch interessengerechteren Vorschlag zu erarbeiten, ausgeschlossen ist.

Im folgenden ist daher zunächst der materiellrechtliche Rechtsstand zur Durchgriffshaftung in Deutschland, der Schweiz und Österreich dargestellt. Dabei liegt der Schwerpunkt nicht bei den zum Durchgriff erörterten Theorien, die letztlich für den Praktiker nur von begrenztem Wert sind, sondern bei den verschiedenen Fallgruppen, die im Laufe der Zeit von Rechtsprechung und Literatur zum Durchgriff entwickelt worden sind. Hieran schließt sich der Hauptteil der Arbeit, die Darstellung, wie – theoretisch und praktisch – der Haftungsdurchgriff im internationalen Privatrecht der hier zu untersuchenden Rechtsordnungen angeknüpft wird. Kritik und eigener Lösungsvorschlag bilden den Schluß.

1. Teil

Der direkte und der umgekehrte Haftungsdurchgriff im materiellen Recht Deutschlands, der Schweiz und Österreichs

I. Deutschland

1. Direkter Haftungsdurchgriff

a) Die frühe Rechtsprechung

Die wohl ersten "Durchgriffsentscheidungen", die von deutschen Gerichten gefällt wurden, stammen aus den zwanziger Jahren. In sehr verschieden gelagerten Einzelfällen galt es, eine juristische Person mit den sie beherrschenden natürlichen Personen zu identifizieren, um offenbar unbillige, Grundsätzen des redlichen Rechtsverkehrs und berechtigten Gläubigerinteressen zuwiderlaufende Ergebnisse zu vermeiden. Dies geschah durch Abstellen auf den Inhalt vor der Form, der Durchbrechung der Begriffs- zugunsten der Interessenjurisprudenz¹. Die einschlägigen Entscheidungen wurden zunächst damit begründet, daß "der Richter vor der juristischen Konstruktion die Wirklichkeiten des Lebens und die Macht der Tatsachen zu berücksichtigen habe"². Später findet sich auch der Hinweis auf das "herrschende Volksbewußtsein"³ oder darauf, daß die juristische Person in dem Umfang keine Beachtung finden könne, in welchem "es gegen Treu und Glauben verstoße und sich als Rechtsmißbrauch darstellen würde", sich auf die förmliche rechtliche Verschiedenheit zu berufen⁴ sowie die Argumentation des Mißbrauchs der rechtlichen Gestaltung⁵. Für die praktischen Fälle, die dieser Rechtsprechung zugrunde lagen, sind folgende Beispiele charakteristisch⁶:

- Kann sich ein Gesellschafter, der zur Erfüllung persönlich eingegangener Verpflichtungen, die eine Leistung der Gesellschaft zum Gegenstand haben, verurteilt

¹ *Coing*, NJW 1977, S. 1793.

² So erstmals RGZ 99, S. 232 (234); im Anschluß hieran z.B. RGZ 129, S. 50 (53 f.).

³ Z.B. RG, DR 1939, S. 1083.

⁴ RG, DR 1940, S. 580; RGZ 169, S. 240 (248).

⁵ So z.B. OLG Karlsruhe, DR 1943, S. 811.

⁶ Vgl. hierzu auch *Siebert*, BB 1954, S. 417 ff. oder *Schanze*, S. 68 ff., der einen guten Überblick über die Durchgriffspr. des RG gibt.

- werden soll, darauf berufen, daß nicht er, sondern nur die Gesellschaft diese Leistung erbringen könne?⁷
- Kann sich ein Gesellschafter, der seine Gesellschaft dazu benutzt, sich Vorteile in Form von Schmiergeldern zu verschaffen, darauf berufen, daß nicht er, sondern die Gesellschaft die Gelder erhalten habe?⁸
 - Erstreckt sich die von einer offenen Handelsgesellschaft als Vermieterin übernommene Verpflichtung, dem Mieter von dem Mietgrundstück Wettbewerb fernzuhalten, auf die Gesellschafter persönlich?⁹
 - Haftet ein Gesellschafter neben bzw. anstelle der von ihm beherrschten Gesellschaft persönlich, wenn er durch sein Verhalten den Anschein persönlicher Haftung hervorgerufen hat (z.B. durch Hinweis auf seine persönliche Vermögenslage bei der Erörterung von Kreditfragen)?¹⁰
 - Haftet ein Gesellschafter neben der von ihm beherrschten Gesellschaft persönlich, wenn er in der Absicht der Gläubigerbenachteiligung sein Privatvermögen mit dem Gesellschaftsvermögen vermischt hat?¹¹
 - Kann ein Gesellschafter, der seine Gesellschaft mit einem völlig ungenügenden Stammkapital ausgestattet (unterkapitalisiert) und den Rest des Betriebskapitals in Form von Darlehen gegeben hat, sein Darlehen bei Konkurs der Gesellschaft zurückfordern bzw. mit ihm aufrechnen?¹²

Kennzeichnend für die Rechtsprechung des Reichsgerichts ist somit, daß die vielfältige Problematik des Haftungsdurchgriffs mit äußerst allgemein gehaltenen Formeln, die "alles begründen und doch letztlich niemanden zu überzeugen vermochten"¹³, praktisch gehandhabt wurde. Es lag auf der Hand, daß die Lehre diese Praxis scharf kritisieren würde: das dringend gebotene Minimum an Rechtssicherheit sei nicht gewahrt¹⁴.

⁷ Fall RGZ 99, S. 232: Verurteilung eines Alleingesellschafters zur Vorlage einer Bilanz.

⁸ Fall RG, DR 1940, S. 580: Der Gesellschafter muß sich so behandeln lassen, als habe er selbst die Gelder erhalten.

⁹ Bejaht von RGZ 136, S. 266.

¹⁰ Bejaht von RFH, JW 1926, S. 1483 mit Anm. *Pinner* bzgl. Steuerpflichtigkeit einer AG, der sämtliche Anteile einer von ihr beherrschten steuerpflichtigen GmbH gehörten.

¹¹ Bejaht von OLG Karlsruhe, DR 1943, S. 811; dieses Urteil kann auf Grund seines Leitsatzes "Wenn der Gesellschafter einer Einmann-GmbH ... sein Privatvermögen und das Vermögen der GmbH nicht scharf auseinanderhält, so haftet er ... aus den Geschäften, die er für die GmbH abgeschlossen hat" sowie des Obersatzes der Entscheidungsgründe "... vielmehr sind sie [Privatvermögen, Vermögen der GmbH] für den Zugriff der Gläubiger sowohl des K als auch der GmbH als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten" sowohl als Beispielentscheidung für den direkten als auch für den umgekehrten Haftungsdurchgriff herangezogen werden. Insofern unzutreffend *Schulte*, WM 1979, Sonderbeilage Nr. 1, S. 8, der die Entscheidung allein im Zusammenhang mit der umgekehrten Durchgriffshaftung zitiert wissen will. Vgl. auch unten S. 33, (2).

¹² Verneint von RG, JW 1939, S. 355 iVm RGZ 156, S. 23.

¹³ *Serick*, S. 14.

¹⁴ Vgl. z.B. die Kritik bei *Erlinghagen*, GmbHR 1962, S. 169 (170).

b) Die Lehre

aa) Die subjektive Durchgriffslehre

Von dogmatischer Seite hat als erster *Serick* in seiner schon klassischen Monographie aus dem Jahre 1955 den Versuch gemacht, die Durchgriffsfälle sachlogisch zu erfassen und übergeordnete Prinzipien herauszuarbeiten¹⁵. Sein Ansatz war der, die Ergebnisse der amerikanischen Lehre und insbesondere die der amerikanischen Rechtsprechung, die sich damals bereits in jahrzehntelanger Praxis mit dem Problem des Durchgriffs auf das Substrat der juristischen Person beschäftigt hatte, für das deutsche Recht fruchtbar zu machen¹⁶. Nach überaus gründlicher Analyse des in Deutschland zum Problem des Haftungsdurchgriffs¹⁷ bis dato angefallenen Materials, gelangte er zu der Schlußfolgerung, daß das Durchgriffsproblem bei der juristischen Person anzusiedeln sei. Diese habe in der Rechtsordnung einen institutionellen Eigenwert, der nur unter allerstrengsten Voraussetzungen überwunden werden könne. Vom "Institut des Durchgriffs"¹⁸ dürfe somit ausschließlich dann Gebrauch gemacht werden, wenn die Rechtsform der juristischen Person mißbraucht werde (1) oder die Anwendung einer bestimmten Norm zwingend die Mißachtung der Rechtsform der juristischen Person gebiete (2)¹⁹. Dabei sei ein Mißbrauchssachverhalt (1) gegeben, wenn mit Hilfe der juristischen Person ein Gesetz umgangen, vertragliche Verpflichtungen verletzt oder Dritte fraudulös geschädigt werden sollen; ein "Normanwendungstatbestand" (2) läge vor, wenn es sich um eine korporationsrechtliche Norm handle, die von so grundlegender Bedeutung sei, daß ihr Zweck auch nicht mittelbar beeinträchtigt werden dürfe²⁰.

Unter diese – heute allgemein als *subjektive Durchgriffslehre* bezeichneten²¹ – Thesen ordnete *Serick* die in der Rechtsprechung aufgetretenen Fallkonstellationen folgendermaßen beispielhaft ein²²:

¹⁵ *Serick*, Rechtsform und Realität juristischer Personen, jetzt in 2. unveränderter Neuauflage, die "uneingeschränkt zu begrüßen ist", vgl. *Steindl*, NJW 1981, S. 2625; auch *Bauschke*, BB 1984, S. 698 f. bescheinigt – nach fast 30 Jahren – ihre aktuelle Bedeutung.

¹⁶ In den Vereinigten Staaten hat wohl *Wormser*, 12 Colum. L. Rev. (1912), S. 496 ff. den ersten Versuch unternommen, eine systematische Analyse der unter dem Stichwort "disregard of corporate entity" entwickelten Tatbestände vorzulegen; weitere Nachweise bei *Serick*, S. 66, N. 1, sowie bei *Drüke*, S. 4 ff.; vgl. hierzu auch oben, Einführung, S. 3.

¹⁷ Nach *Bärmann*, AcP 159 (1960), S. 365 (366) wurde der Ausdruck "Haftungsdurchgriff" überhaupt erst von *Serick* geprägt.

¹⁸ So ausdrücklich in "Durchgriffsprobleme ...", S. 31.

¹⁹ *Serick*, S. 203 ff. sowie erneut in NJW 1956, S. 895 (898).

²⁰ *Serick*, aaO, S. 203, 208.

²¹ vgl. z.B. *Hachenburg/Mertens*, Anh. § 13, Rn. 29; *Hübner*, JZ 1978, S. 703 (704); *Franzmann*, S. 47.

²² *Serick*, S. 205, 210 f.

- Gründen einer Kapitalgesellschaft, um ein gesetzliches Wettbewerbsverbot – z.B. § 60 HGB für Handlungsgehilfen – zu umgehen: Mißbrauchssachverhalt in Form von Gesetzesumgehung.
- Vornehmen einer Handlung, zu deren Unterlassung sich jemand verpflichtet hatte, durch eine von dem Betreffenden beherrschte juristische Person: Mißbrauchssachverhalt in Form von Verletzung vertraglicher Pflichten.
- Zuführen des zur Durchführung größerer Geschäfte erforderlichen Kapitals seitens eines Einmann-Gesellschafters an seine Gesellschaft in Form eines Darlehens statt durch Erhöhung der Einlage, um sich im Falle eines Mißerfolges die Rolle eines Gläubigers zu verschaffen: Mißbrauchssachverhalt in Form von fraudulöser Schädigung Dritter²³.
- Erwerben von eigenen Geschäftsanteilen, auf welche die Einlagen noch nicht vollständig geleistet sind, nicht seitens der GmbH selbst (Verbotsnorm des § 33 Abs. 1 GmbHG), sondern seitens einer von ihr abhängigen juristischen Person: Normanwendungstatbestand.

bb) Die Normanwendungslehre

Dieses Durchgriffskonzept ist bereits wenig später auf grundlegende Kritik gestoßen:

In einer groß angelegten Besprechung von *Sericks* Monographie lehnt *Müller-Freienfels* die allgemeine Systematisierung des Durchgriffs als einer besonderen rechtlichen Kategorie ab²⁴. Seiner Meinung nach ist der Durchgriff kein Problem der juristischen Person, sondern ihrer Außenbeziehungen. Die juristische Person besitze keinen wesensmäßigen Eigenwert, sondern sei ein reiner Zweckbegriff, eine funktionsgebundene Rechtsfigur, der je nach Sinn und Zweck einer in Betracht zu ziehenden Rechtsnorm unterschiedliche Bedeutung zukommen könne. Nicht ihr "subjektiver Mißbrauch" oder sonst eine Generalformel sei daher der methodisch richtige Ansatzpunkt für die Durchgriffsfrage, sondern allein die einzelne Norm, um deren Anwendung es jeweils gehe²⁵.

Praktisch gilt es nach dieser sog. *Normanwendungslehre*²⁶ somit, für jeden Einzelfall die problemtreffenden Einzelfragen zu entwickeln (z.B. nach dem Gutgläubenserwerb eines Einmann-Gesellschafters bei einem Rechtsgeschäft mit seiner Gesellschaft), sodann die jeweils einschlägige Vertrags- oder Gesetzesnorm herauszustellen, d.h. diejenige, die Anwendung fände, wenn es sich statt einer juristischen um eine natürliche Person handelte

²³ Diese Fallgruppe wird heute nicht mehr im Rahmen der Durchgriffsproblematik diskutiert.

²⁴ *Müller-Freienfels*, AcP 156 (1957), S. 522 ff.

²⁵ *Müller-Freienfels*, aaO, oben N. 24, S. 535 ff., insbes. S. 537.

²⁶ Vgl. z.B. *Wiedemann*, § 4 III; *Franzmann*, S. 50; *Hübner*, JZ 1978, S. 703 (704): Normanwendungskonzept; *Coing*, NJW 1977, 1793: Normanwendungstheorie.

(im Beispiel § 932 BGB) und letztlich unter Abwägung der gegebenen Interessenlagen (im Beispiel Einmann-Gesellschafter/Gesellschaftsgläubiger) nach dem objektiven Zweck dieser Norm in der Rechtsordnung zu entscheiden, ob sie auf den konkreten Sachverhalt anwendbar ist oder nicht (für § 932 BGB im Beispiel zu verneinen, d.h. Durchbrechung des Trennungsprinzips, Durchgriffsfall)²⁷. Mit dem Postulat, es sei unter Vermeidung jeglichen Schematismus zu erstreben, "die einzelnen Lebenssachverhalte zusammenzufassen und zu werten, um typische Fallgruppen nach den Interessenlagen stichwortartig zu bilden"²⁸, beschließt *Müller-Freienfels* seine Untersuchung.

cc) Die moderne Dogmatik

Die moderne Dogmatik zum Haftungsdurchgriff lebt im Grunde genommen auch heute noch von der Diskussion um Durchgriffs- und Normanwendungslehre²⁹. Beide Ansätze haben ihre Anhänger gefunden: Teils wurden sie schlichtweg übernommen³⁰, teils weiterentwickelt und verfeinert. In diesem Zusammenhang ist z.B. *Drobnig*³¹ zu nennen, der der Lehre *Sericks* nahesteht, es jedoch bereits für eine Frage "des juristischen Geschmacks" hält, ob der Haftungsdurchgriff auf den allgemeinen Rechtsgedanken des Mißbrauchs der Rechtspersönlichkeit oder auf § 826 BGB gestützt wird³². Von einem institutionellen Eigenwert der juristischen Person gehen auch *Reinhardt* und *Erlinghagen* aus, die jedoch im Gegensatz zur subjektiven Durchgriffslehre eher auf objektive Kriterien abstellen und den Haftungsdurchgriff mit dem Einstehenmüssen der Gesellschafter für Organisationsfehler begründen wollen³³. *Erman* meint, im Gedanken der

²⁷ *Müller-Freienfels*, aaO, oben N. 24, S. 532 f., insbesondere S. 536: "Denn es geht ja immer um die Frage, ob und inwieweit eine bestimmte Norm in einem konkreten Fall auf diese oder jene jur. Person ihrem Sinn und Zweck nach im Zuge richtiger Gestaltung der sozialen Ordnung anwendbar ist."

²⁸ AaO, oben N. 24, S. 543.

²⁹ Bestätigend *Nirk*, FS Stimpel, S. 443 (455); vgl. jedoch z.B. auch *Wilhelm*, der eine Durchgriffshaftung insgesamt ablehnt und ihr die "Antithese der Organhaftung" gegenüberstellt, S. 285 ff., insbes. S. 365; siehe auch unten S. 10, N. 35.

³⁰ Die Durchgriffslehre z.B. von *Staudinger/Weber*, 11. Aufl., § 242, Rn. D 155; AktGGroßkomm./*Meyer-Landrut*, § 1, Anm. 25, 32; *Dempewolf*, DB 1961, S. 969 (972); *Kuhn*, FS Robert Fischer, S. 351 (353); die Normanwendungslehre z.B. von *Erman/Westermann*, vor § 21, Rn. 3; *Coing*, NJW 1977, 1793; *Behrens*, *RabelsZ* 46 (1982), S. 308 (314); *Hübner*, *JZ* 1978, S. 703 (704).

³¹ Haftungsdurchgriff bei Kapitalgesellschaften (1959).

³² AaO, oben N. 31, S. 95.

³³ *Reinhardt*, FS Lehmann, Bd. II, S. 576 (588 ff.); *ders.*, *RabelsZ* 27 (1962), S. 561 (562); *Erlinghagen*, *GmbH* 1962, S. 169 (171 ff.); im Ergebnis auch *Haberlandt*, *BB* 1980, S. 847 (852), der speziell in Konzernsachverhalten bei "mismanagement" einer herrschenden Muttergesellschaft bei Insolvenz von deren Tochtergesellschaft den geschädigten Gläubigern einen Durchgriffsanspruch gegen die herrschende Gesellschaft zuerkennt; hierzu auch unten S.18, N. 88; zum Erfordernis subjektiver Momente kritisch auch *Beitzke*, *JZ* 1956, S. 40.

Erklärungshaftung den Schlüssel zur Lösung gefunden zu haben³⁴, während *Schanze* der Normanwendungslehre folgt, sie jedoch dahin gehend interpretiert, daß die jeweilige Normmaterie bestimmt, ob die Rechtsperson oder die sie beherrschende natürliche oder juristische Person Zurechnungsadressat ist³⁵.

Eine Art Mittelmeinung hat *Rehbinder* herausgearbeitet³⁶: In seinem sog. "bürgerlich-rechtlichen" Ansatz betont er zwar den institutionellen Eigenwert der juristischen Person, greift jedoch die These von *Müller-Freienfels* auf, daß die juristische Person in ihren Außenbeziehungen primär dem allgemeinen Privatrecht unterliegt³⁷. Dabei unterbreitet er – wie z.B. auch *Bauschke* oder *Wiedemann* im Anschluß an *Serick* – einen eigenen theoretischen Systematisierungsvorschlag der Durchgriffsfälle, indem er abstrakte Fallgruppen bildet, bei denen sich herkömmlicherweise die Durchgriffsfrage stellen soll³⁸. Haben diese mit Sorgfalt und Gründlichkeit herausgearbeiteten Thesen auch entsprechende Beachtung gefunden³⁹, so ist man doch heute vielfach zu der Überzeugung gekommen, daß keiner dieser zahlreichen Versuche, eine befriedigende theoretische Systematik der Durchgriffsfälle zu entwickeln, zu praktikablen und eine gewisse Rechtssicherheit verbürgenden Ergebnissen geführt hat⁴⁰.

dd) Die Bedeutung der materiellrechtlichen Diskussion für die internationalprivatrechtliche Anknüpfung

Ob eine solche Systematisierung der Sache nach überhaupt möglich ist⁴¹, kann und muß an dieser Stelle aus zwei Gründen offen bleiben. Bezüglich des aktuellen Standes der

³⁴ KTS 1959, S. 129 (132 ff.); seine Konzeption, ein Gesellschafter hafte, weil und soweit er konkludent erkläre, sich in seiner Rolle als Gesellschafter redlich verhalten zu wollen, ist jedoch auf allgemeine Ablehnung gestoßen; vgl. z.B. *Winter*, S. 84 ff.

³⁵ *Schanze*, S. 113/114; *ders.*, AG 1982, S. 42 ff., hier insbesondere auch kritisch zur These von *Wilhelm*, aaO, oben N. 29.

³⁶ Konzernaußenrecht und allgemeines Privatrecht; *ders.*, FS Robert Fischer, S. 579 ff.

³⁷ *Müller-Freienfels*, FS Robert Fischer, S. 579 (581).

³⁸ *Rehbinder*, Konzernaußenrecht, S. 110 ff., nennt die Gruppe der Vertrags/Gesetzesumgehung, -auslegung, die des institutionellen und die des individuellen Rechtsmißbrauchs; *Bauschke*, BB 1975, S. 1322 ff. gruppiert in Identifikations- und Normanwendungsfälle; *Wiedemann*, § 4 III 1 sieht einen Durchgriffstatbestand dann als gegeben, wenn die Voraussetzungen für die vermögensmäßige Selbständigkeit nicht erfüllt sind oder die Haftungsbeschränkung zweckwidrig mißbraucht wird.

³⁹ *R. Müller* legte z.B. seiner Dissertation über kollisionsrechtliche Probleme der Durchgriffshaftung bei Kapitalgesellschaften (1974) die von *Rehbinder* vorgeschlagenen Fallgruppierungen zugrunde; vgl. *Müller*, S. 7.

⁴⁰ So insbesondere die Anhänger der – wohl im Vordringen befindlichen – Normanwendungslehre, vgl. z.B. *Soergel/Hadding*, vor § 21, Rn. 35; *Scholz/Emmerich*, § 13, Rn. 92; *Hachenburg/Mertens*, Anh. § 13, Rn. 36; *Kölnner Komm./Kraft*, § 1, Rn. 50; idem jedoch auch *AktGroßkomm./Meyer-Landrut*, § 1, Anm. 24; *Reinhardt/Schultz*, Rn. 858.

⁴¹ Zweifelnd: *Soergel/Hadding*, vgl. oben N. 40; verneinend: *Bärmann*, AcP S. 159 (1960), S. 365 (367).

Sachregister

- Abkommen** 68 ff., 185 ff.
- Código Bustamante 68, 113, 185
- Den Haag 69 f., 74, 186 ff.
- Draft Convention on Conflicts of Law Relating to Companies (ILA) 72 f., 193
- Entwurf des Institut de Droit International 73 f., 193 ff.
- Montevideo 69 f., 185
siehe auch Staatsvertrag und Europäische (Wirtschafts-)Gemeinschaft
- Anerkennung** 68 ff., 73, 75 f., 78, 86, 88, 104 f., 113 f., 119 f., 126 f., 129, 164
siehe auch EWG-Übereinkommen vom 29.2.1968
- Anknüpfungsdogmatik**
- internationalprivatrechtliche 139
- arglistige Täuschung** 28 f., 33, 44 f., 49, 175, 196
- Aufrechnungsfälle** 20, 26, 30, 63
- Beherrschung oder Fremdsteuerung** 155, 158, 160, 169, 171 f., 174, 179, 181, 183 f.
- Deutschland 5, 13, 16, 18, 24, 28, 33, 85, 87, 91, 97, 99 f.
- Österreich 52, 55, 57, 59 f., 66
- Schweiz 36, 41, 44, 49, 125
- Código Bustamante** 68, 113, 185
- Deliktsstatut** 11, 67, 70, 81 f., 84, 93, 97, 100, 102, 107, 110 f., 121, 123, 143, 146 f., 152, 173
- Durchgriff**
- Entscheidungen 22, 23 ff., 31 ff., 41 f., 49 f.
- gesellschaft(s)erfreundlich 2, 20, 40, 149
- Grund 142 f., 149, 158, 169, 171, 176
- Gruppe 9 f., 12 ff., 23 ff., 27 ff., 32 ff., 36 ff., 41 f., 44 f., 49 f., 59 f., 97 ff., 111, 141 f., 145 ff., 153 ff., 167 ff., 174 f., 182
- Lage 44, 110, 137, 142, 149, 158, 165, 168, 172, 175 f., 182
- Lehre, subjektive 7 ff., 34, 58, 65
- auf den Staat 53, 88, 102 f., 109
- Statut 82, 93, 97, 103, 110 ff., 136 f.
- Tatbestand 142 f., 146, 149, 153, 155, 158, 169, 176
- Einheitslehre (-lösung, -theorie)** 34, 45, 92, 94, 100, 103, 105 f., 110, 144, 159
- Einmann-Gesellschaft(er)** 2, 6, 8 f., 15, 31, 35, 39, 43, 48, 52 ff., 58, 62, 76, 79, 86 f., 106, 118, 134, 158
- Entscheidungseinklang**
- äußerer 142, 159, 168
- innerer 142, 158
- Erklärungshaftung** 10
- Europäische (Wirtschafts-)Gemeinschaft (EWG)** 61, 70, 162 ff.
- Übereinkommen vom 29.2.1968 70 f., 75, 86, 88, 162, 188 ff.
- Übereinkommen vom 27.9.1968 (EuGVÜ) 182
- Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (EVÜ) vom 19.6.1980 75
- Verordnungsvorschlag zum SE-Statut 71 f., 192
- Vertrag 70, 91, 163, 188
- Europäischer Gerichtshof (EuGH)** 71, 91, 163
- Fiktionsvorbehalt** 122, 127, 166
siehe auch Gesellschaft, fiktive
- Gerechtigkeit**
- internationalprivatrechtliche 139 f., 145
- materiellrechtliche 140

Geschäftsstatut 93, 98, 128, 130, 157, 174 f.

Gesellschaft

- fiktive 125 ff., siehe auch Fiktionsvorbehalt
 - Funktionsfähigkeit 97, 141, 154 ff., 158, 168, 170
 - Gläubiger, siehe Gläubiger
 - Gleichbehandlung 120, 144
 - Interessen 92, 95, 152 f., 165, 167, 169, 171, 178
 - als Mittelpunkt 111, 145, 149, 168, 177 f.
 - Pro-forma- 115 f., 144
 - Rechtsfähigkeit 66, 76 ff., 86 f., 91 f., 104, 108 f., 114, 119, 127, 130 f., 133, 145, 166, 172
 - Schutz 111, 171 f.
 - Statut, siehe Gesellschaftsstatut
- siehe auch Muttergesellschaft und Tochtergesellschaft

Gesellschafter

- Interessen 92, 148, 151, 152 ff., 167, 178
- Schutz 141, 156, 178

Gesellschaftsrecht, internationales

11, 69, 72 f., 75, 78 f., 93, 113 ff., 122, 134, 141, 159 ff.

Gesellschaftsstatut 67, 69 f., 73 f., 76 ff., 80, 86 ff., 91 ff., 98 f., 101 f., 104 f., 107 ff., 113 ff., 117, 119 f., 124 f., 128, 129 ff., 133 ff., 144 f., 147 ff., 151 f., 160 ff., 166 ff., 171, 182, 208

- Auflockerung 97, 112, 136/137
- bei Beherrschung oder Fremdsteuerung 87, 91, 100, 155, 158, 171, 183 f.
- bei Fällen des Zurechnungsdurchgriffs 121
- bei Rechtsschein persönlicher Haftung 85, 91, 100, 156
- bei Umgehung gesetzlicher oder vertraglicher Verhaltenspflichten 170
- bei Unterkapitalisierung 93, 97, 100, 103, 153 f., 183
- bei Unternehmensverbindungen 109, 112, 121, 128, 132, 134 ff., 138, 172 ff., 180, 182 ff.

- bei Vermögens- oder Sphärenvermischung 154 f., 167 f., 183 f.

siehe auch Muttergesellschaft und Tochtergesellschaft

Gläubiger

- Gesamtheit 97, 99, 106, 174
- Gleichbehandlung 92, 150, 154, 177, 179
- Interessen 5, 27, 44, 92, 94 f., 111, 148, 149 f., 152 ff., 165, 167 ff., 171, 173 f., 177 f., 181
- Schutz 38, 51, 55, 60 f., 92, 97 ff., 106 f., 115, 122, 127, 141, 144, 150, 160, 173 f., 177, 179, 181, 207

Gründungstheorie 73 f., 76 ff., 86 f., 94, 96, 99, 113 ff., 119, 127, 129, 137, 144, 162 ff., 182

Günstigkeitsprinzip 68, 94 ff., 98, 102, 112, 151 f., 157, 162, 172

gutgläubiger Erwerb 8 f., 15, 24, 28, 33, 64, 97, 144

Haager Konferenz für internationales Privatrecht 69, 73

Heimatrecht 76 ff., 90, 98, 140, 144, 157, 166

Identifizierung

- Fälle 10, 26, 96, 106
- Gedanke 24, 33, 42, 49, 62

Inkorporationstheorie
siehe Gründungstheorie

Institut de Droit International 73, 193 ff.

Interessen 3 f., 39 f., 95, 101, 113, 115, 120, 142, 144, 146, 150, 159, 164, 167, 172, 174 ff., 182

- Abwägung 9, 14, 97 f., 141, 143, 148 f., 151 ff., 167 ff., 172
- der Allgemeinheit 141, 154 ff., 168
- Analyse 141, 143, 145, 149, 156, 165,
- der Gesellschaft, siehe Gesellschaft
- der abhängigen Gesellschaft im Konzern, siehe Tochtergesellschaft

- der herrschenden Gesellschaft im Konzern, siehe Muttergesellschaft
- der Gesellschafter, siehe Gesellschafter
- der Gläubiger, siehe Gläubiger

International Law Association (ILA)

72 ff., 193

Kapitalerhaltung 26 f., 30 f., 43, 111 f., 127, 168

- Kollisionsnorm** 67, 75, 93, 95 ff., 101, 108, 110, 121, 136, 144, 166, 180
- Entwicklung 104, 106, 139 ff., 145, 159, 165
 - internationalgesellschaftsrechtlich 11
 - internationalprivatrechtlich 11

Kollisionsrecht

- Vorfrage 83 f., 118
- Deutschland EGBGB 68, 74 f., 90, 136, 140, 157
- Österreich IPRG 68, 129 ff., 137, 141, 208
- Schweiz IPRG 68, 113 ff., 119 ff., 137, 144, 162, 166 f., 181, 199 ff.

Konzernhaftung 16 ff., 38, 61, 180

- und Durchgriffshaftung 18 ff., 61, 176
- bei faktischen Konzernen 17, 19
- bei eingegliederten Unternehmen 16, 20
- bei vertraglich verbundenen Unternehmen 16 f., 19
- aus Vertrauen 36, 121

Konzernkollisionsrecht 72, 171, 172 ff., 180, 192

- Deutschland 11, 89 f., 103, 105 ff., 110, 112, 137
- Österreich 56, 130 ff., 134 ff.
- Schweiz 121 f., 125 f., 128, 137

Konzernrecht, materielles

- Deutschland 16 ff., 66
- Österreich 55 ff., 60 f., 66, 203, 205
- Schweiz 35 f., 38 f., 47, 66

Konzernrechtliche Entscheidungen 91

- Deutschland 23 ff., 33 f., 89 f., 109
- Österreich 55 ff., 62, 130 ff.
- Schweiz 40 ff., 47, 49, 126

Konzernrechtsbeziehungen 29, 38, 43, 56, 90, 107, 109, 121, 131, 134, 176, 178, 180

Krida, fahrlässige 55, 60, 207

Lageort des Vermögens 182

- Anknüpfung an 67, 93, 101, 148

lex causae

siehe Wirkungsstatut

lex fori 67, 70, 102, 104, 119 ff., 125, 140, 143 f., 160, 166, 182

lex societatis

siehe Gesellschaftsstatut

Maklerprovision 15, 25, 28, 29, 34, 59

Mieterschutz 49, 62

Muttergesellschaft 2 f., 9, 25, 27, 43, 56, 60 f., 84, 89, 91, 109, 122, 126, 130 f., 134 f., 173 ff.

- Interessen der 19, 40, 179
- Sitz 145, 182
- Schutz 178 ff.
- Statut 107 f., 121, 145, 172 f., 175 ff., siehe auch Konzern...

Normanwendungslehre

- Deutschland 8 ff., 65, 96
- Österreich 53, 58
- Schweiz 35 f., 66

Normzweck 9, 14, 91

ordre public 68, 140, 144, 148, 160, 164 ff.

- Deutschland 77, 88 ff., 102, 103 ff.
- Schweiz 119 ff., 124, 126, 199

Organisationsfehler, Haftung für 9

Organisationsstatut 94

Parteiautonomie 77 f., 82, 94

siehe auch Rechtswahl

Personalstatut

siehe Gesellschaftsstatut

Praktikabilität 93, 142, 146, 154, 158, 162, 171, 182

Qualifikation 11, 47, 84, 96, 100, 147, 158 f.

Rechtsmißbrauch 144, 147, 164, 170

- Deutschland 5, 7 ff., 14, 19, 21, 32, 85, 97 f., 100, 111
- Österreich 53, 56, 58, 66, 130
- Schweiz 35, 39 f., 115, 119 f., 126, 195

Rechtsscheinhaftung 115, 147, 156 ff.,

- 160 f., 170, 171, 173, 175, 183 f.
- Deutschland 6, 12, 23, 28, 32, 80 f. 85, 90 f., 98, 100 f., 106 f.
- Österreich 52, 55, 58 f.
- Schweiz 36, 41

Rechtsscheinstatut 82, 93, 106, 160

Rechtssicherheit 146, 151, 158 f.

- Deutschland 6, 10, 21, 91
- Schweiz 35, 113

Rechtswahl 67, 158, 171, 180

siehe auch Parteiautonomie

Rückdurchgriff 42 f., 47 f., 66

Sicherheitsleistungen 37, 42, 45, 49

siège réel 164

siehe auch Sitz, der tatsächlichen Verwaltung

Sittenwidrigkeit 58, 66, 83, 202

Sitz 76, 79 f., 87, 109, 130 f., 141, 148

- Begriff 165
- der Geschäftsführung 69, 78, 85
- Recht 72, 77 f., 85, 97, 100 f., 108, 126, 131 ff., 157, 161, 182
- des Rechtsverhältnisses 141
- Satzungs- 76 ff., 87, 161
- fiktiver Satzungs- 119, 126 f.
- der SE 72, 192

- Theorie 69, 71, 76 f., 80, 85 ff., 91, 96, 101, 113, 129, 136 f., 148, 161 ff.

- der (Haupt-)Verwaltung 71 f., 76 ff., 86, 92, 101, 131 f., 161, 165

- der tatsächlichen Verwaltung 76 ff., 86 f., 91, 119, 129, 132, 165

siehe auch Muttergesellschaft, Tochtergesellschaft und siège réel

Societas Europaea (SE)

siehe Europäische (Wirtschafts-)Gemeinschaft (EWG), Verordnungsvorschlag

Staatsvertrag 68, 74, 136

- deutsch-amerikanischer vom 29.10.1954 164

siehe auch Abkommen und Europäische (Wirtschafts-)Gemeinschaft, Übereinkommen

Statutenkonflikt 97, 107 f., 157, 168, 173, 180

Stimmhaltungspflicht

- Deutschland 15, 25, 29, 33

- Österreich 59, 62, 64

- Schweiz 37, 42, 44, 47, 49, 198

Systematisierung des Durchgriffs 142, 146, 159

- Deutschland 7 ff., 23

- Österreich 59

- Schweiz 36

siehe auch Durchgriff, Gruppe

Tochtergesellschaft 2 f., 9, 16 ff., 25, 27, 43, 56, 60, 84, 89, 91, 109, 126, 130, 173 ff.

- Interessen 40, 174, 177 f.

- Schutz 174, 177 f.

- Sitz 90, 109, 131, 134 ff., 182

- Statut 89, 103, 105 ff., 112, 121 f., 128, 131 f., 134 ff., 172 ff., 184

siehe auch Konzern...

Trennungsprinzip 3, 142

- Deutschland 9, 13 f., 21, 26, 31, 75, 97 ff., 112

- Österreich 52 ff., 58, 63 f.

- Schweiz 35, 39, 41

Treu und Glauben 5, 21, 32, 35, 39 f., 58, 66, 98, 118, 126, 164, 195

Überlagerungstheorie 161 f.

Umgehung vertraglicher oder gesetzlicher

Verhaltenspflichten 44, 49, 144, 155 f., 164, 169 f., 171, 175, 183 f.

- Deutschland 7 f., 10, 13 ff., 18, 24, 28 f., 33, 97 f.

- Österreich 55 f., 62

- Schweiz 35, 37 ff., 41 ff., 117, 124, 144, 198

siehe auch Zurechnungsdurchgriff

Unterkapitalisierung 150, 153 f., 158, 160, 176, 179, 183

- Deutschland 6, 13, 19, 21 f., 24, 27, 93, 96 f., 100, 103, 107

- Österreich 59 f.

- Schweiz 36, 41,

Unternehmens(ver)kauf

- Deutschland 15, 25, 28, 76

- Österreich 59

- Schweiz 37, 42, 45, 49, 195 f.

Vereinigte Staaten von Amerika 3, 7, 36,

67, 74, 118, 121, 139, 164

- better-law approach 140

- Delaware 76, 163 f.

- disregard of legal or corporate entity 3, 7

- dummy companies 73

- piercing or lifting the corporate veil 3, 73

- Restatements 74

- trust 124, 164

Verkehr

- Günstigkeit 94 ff.

- Interessen 94, 141, 151 f., 158

- Schutz 95, 144, 152

Vermögens- oder Sphärenvermischung

154 f., 160, 167 ff., 173, 176, 179, 183 f.

- Deutschland 6, 12, 23 f., 28, 33, 93, 97, 100

- Österreich 58 f.

- Schweiz 36, 44, 47 ff.

Versicherungsfall

- Deutschland 28, 29, 33

- Österreich 64

Verstaatlichung 51 ff.

Vertragsstatut 67, 70, 82, 93, 98, 100, 106 f., 110 f., 123, 171, 173 f.

Vertrauenstatbestand 82, 101, 121, 151, 154

- Schutz des Publikums 94 f., 151

siehe auch Gläubigerschutz und Konzernhaftung

Vollstreckungsvereitelung 45 ff., 50, 125, 195, 196

Vorbehaltsklausel

siehe ordre public

Vornahmestatut 67, 94 f., 152

Wettbewerbsverbot 91, 156, 160, 169

- Deutschland 6, 8, 15, 24, 26, 29, 33

- Österreich 52, 55, 59, 62 f.

- Schweiz 37, 39, 42, 44, 49, 128

Wirkungsstatut 67, 142, 144, 147, 150 ff., 166 f., 171, 182

- Deutschland 81 f., 94 ff., 102, 110, 112

- Schweiz 120, 125, 128, 137

- bei Beherrschung oder Fremdsteuerung 169

- bei Rechtsschein persönlicher Haftung 157 f., 170, 183 f.

- bei Umgehung vertraglicher oder gesetzlicher Verhaltenspflichten 156, 169 f., 183 f.

- bei Unternehmensverbindungen 171 ff., 175/176

- bei Vermögens- oder Sphärenvermischung 155, 168

Wohnsitz 69, 98, 101, 145, 148, 157, 182

- Zurechnungsdurchgriff** 14, 65, 91, 114,
149
- direkter 14, 24, 38, 41 f., 55, 58 f., 65,
96, 121
 - umgekehrter 14, 43, 58, 62, 64 f., 110 f.,
128, 169, 173, 175
- siehe auch Umgehung vertraglicher oder
gesetzlicher Verhaltenspflichten